



# Arbeitsplatz-Vernichter Deutsche Bank

Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht, 29. Oktober 2015

**"Die Tatenlosigkeit der Bundesregierung bei der notwendigen Neuordnung des Finanzsektors kostet tausende Arbeitsplätze. Anstatt als Konsequenz aus der globalen Finanzkrise und unzähliger strafbarer Manipulationen die Deutsche Bank strikt zu regulieren und wieder zu einem Diener der Realwirtschaft zu machen, ließ Merkel die kriminelle Vereinigung mit angeschlossenem Bankgeschäft unangetastet", kommentiert Sahra Wagenknecht den angekündigten Arbeitsplatzabbau bei der Deutschen Bank. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:**

"Die Regierung muss endlich ihre Verantwortung für den Finanzsektor wahrnehmen, indem sie den notwendigen Bedarf an Bankdienstleistungen für die Bevölkerung sicherstellt und die Investmentbank-Zockerei zu Lasten der Steuerzahler verbietet. Außerdem ist die herrschende Politik dafür verantwortlich, dass die Postbank zunächst privatisiert, später von der Deutschen Bank gekauft und jetzt von dem angeschlagenen Konzern zum Schaden der Angestellten zum bestmöglichen Preis wieder verhökert wird.

DIE LINKE fordert, Großbanken streng zu regulieren,  
demokratisch zu kontrollieren und in öffentliches  
Eigentum zu überführen."